



Original Text in German

Ankerzentren in Bayern

Um vier Uhr früh wird abgeschoben

Die bayerischen Ankerzentren sind ein Ort der Isolation und der Angst. Die Stimmung kann eskalieren – wie jetzt in Donauwörth.

INGOLSTADT/BERLIN *taz* | Die Nächte sind immer das Schlimmste für Farhad S. und die sieben Mitbewohner, mit denen er in der Containeranlage in Ingolstadt das Zimmer teilt. „Bis drei Uhr oder auch bis fünf liegen wir wach, können nicht schlafen, flüstern miteinander“, erzählt der 23-jährige Mann aus Afghanistan auf Englisch. „Wir sind alle depressiv, wir haben alle psychischen Stress und denken darüber nach, wie es mit uns weitergeht.“

So geht das schon seit über einem Jahr, im September 2017 ist S. als Asylbewerber nach Deutschland gekommen. Er habe sich in Kabul geweigert, Schwarzgeld zu waschen, und sei deswegen bedroht worden. Nun sitzt er in der Sammelunterkunft, die bis Ende Juli noch „Transitzentrum“ hieß, seit August trägt sie auf Geheiß der Bayerischen Staatsregierung den Titel „Ankerzentrum“. Nachts kommt oft die Polizei – „immer um vier Uhr“, sagt S. Dann stehe eine Abschiebung an, er habe schon viele miterlebt.

Seit August wird jeder neu ankommende Flüchtling in Bayern in einem der sieben Ankerzentren im Freistaat einquartiert. Dort muss er bleiben, bis über seinen Fall entschieden ist. „Anker“ steht für „Ankunft, Entscheidung und Rückführung“. Möglichst schnell, effektiv und ohne unnötige Bürokratie soll das gehen, in den Zentren sitzen die Entscheidungsträger mit Außenstellen direkt vor Ort – das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) sowie das Verwaltungsgericht, die Rückkehrberatung und die Arbeitsagentur. Alles soll in einem Rutsch erledigt werden.

Bayern setzt damit um, was Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) [für ganz Deutschland vorschwebt](#). Vorgesehen ist eine Verweildauer von maximal sechs, bei bestimmten Gruppen auch bis zu 24 Monaten. Wie lange die Flüchtlinge aber tatsächlich dort ausharren, darüber gibt es bisher keine Auskunft vom bayerischen Innenministerium oder von der Regierung von Oberbayern.

Auch in Sachsen gibt es seit Anfang August ein Ankerzentrum, seit Ende September eines im saarländischen Lebach. Ende Oktober besuchte Seehofer die Einrichtung und zeigte sich zufrieden: „Nur vier Wochen nach der Inbetriebnahme dieser Ankereinrichtung bin ich von der guten und reibungslosen Zusammenarbeit der beteiligten Stellen beeindruckt“, sagte er.



Wer reindarf bleibt offen

In der Ingolstädter Marie-Curie-Straße 13, einer von drei Außenstellen des Ankerzentrums Manching, berichtet Farhad S. derweil vom Alltag in der Unterkunft: Er ist alleine eingereist und volljährig, sein Asylantrag wurde abgelehnt. Seine Angehörigen hingegen – Mutter, Vater und drei jüngere Brüder – haben einen Schutzstatus erhalten und leben in München. Besuchen darf S. sie nicht, weil er wegen der im Ankerzentrum herrschenden Residenzpflicht den Bezirk Ingolstadt nicht verlassen darf. Und sie dürfen nicht zu ihm ins „Camp“, wie die Flüchtlinge die Unterkunft bezeichnen. Besuch von außerhalb ist verboten, rund um die Uhr bewachen Sicherheitsleute das hoch eingezäunte Areal. S. könnte die Familie nur außerhalb in Ingolstadt treffen.

Ein Gefängnis ist das Camp zwar nicht, aber es ist ein abgesperrter Ort: Außer den Behörden und anderen Berechtigten wie etwa der Caritas-Sozialberatung darf niemand hinein. Verwandte oder auch Freunde der Kinder in der Unterkunft werden abgewiesen. Der Bayerische Flüchtlingsrat habe offiziell Hausverbot, sagt Jana Weidhaase von der Organisation. „In den letzten Monaten hat sich das Beratungsangebot für die Geflüchteten in den Unterkünften zwar erweitert, aber kritischen Organisationen wird der Zutritt weiter verwehrt.“

Eine Sprecherin der Regierung Oberbayerns bestreitet ein „generelles Hausverbot“

Eine Sprecherin der Regierung Oberbayerns bestreitet ein „generelles Hausverbot“ und betont, grundsätzlich werde „jeder einzelne Zutrittsantrag geprüft“. Derzeit liege „keine offene Anfrage des Bayerischen Flüchtlingsrats“ vor. Auskunft darüber, welche Institution wo reindarf, will die Sprecherin nicht geben – dies sei nicht aussagekräftig, da der aktuelle Stand „sich wöchentlich ändern kann“.

„Schlafen, essen, warten“

Auch Medien erhalten keinen Zutritt. Das Innere des Ankerzentrums bleibt für die Öffentlichkeit verschlossen. Im Mai hatte die Regierung von Oberbayern bisher einmalig einen Termin festgelegt, an dem Journalist*innen als große Gruppe, geführt und unter Aufsicht, das Ankerzentrum Manching anschauen durften. Die Bewohner*innen protestierten, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen.

Die Stimmung in den Zentren kann eskalieren. So endete beispielsweise eine Essensausgabe im Ankerzentrum in Donauwörth jetzt in einer Randalie von 50 Bewohnern. Ein Mann hatte sich beschwert, weil er keine zusätzlichen Semmeln bekommen hatte, teilte die Polizei am Sonntag mit. Daraufhin solidarisierten sich mehrere Bewohner mit dem Mann. Einer von ihnen soll den Angaben zufolge dabei mit einer Bierbank gegen eine Scheibe des Speisesaals geschlagen und das Glas beschädigt haben. Polizisten rückten an und beruhigten die Situation. Verletzte gab es nicht.

Bayernweit gibt es derzeit dem bayerischen Innenministerium zufolge 14.000 Plätze in den Ankerzentren, gegenwärtig sind 9.000 belegt. „Schlafen, essen, warten“ – so beschreibt S. das Leben im Ankerzentrum.



Die Menschen erhalten vor allem Sachleistungen, also etwa ein Bett, dreimal am Tag eine Mahlzeit und Tickets für den öffentlichen Nahverkehr. Nur was sich durch Sachleistungen nicht regeln lässt, wird durch Geldleistungen abgedeckt. Die Bewohner erhalten ein Taschengeld von 90 Euro im Monat und jedes Vierteljahr 100 Euro für Bekleidung.

„Menschenunwürdig“

Der Bayerische Flüchtlingsrat lehnt Ankerzentren ab, er bezeichnet sie als „Abschiebelager“. Die Lebensbedingungen seien „menschenunwürdig“, heißt es in einer Stellungnahme. Beklagt werden „hohe Zäune, geschlossene Tore, Überwachung, Wohnen auf engstem Raum“. Vor allem gehe es um Abschottung.

Auch Pro Asyl kritisiert die Ankerzentren scharf – sie behinderten nicht nur jede Integration, zu befürchten sei auch eine Entrechtung der Menschen. „Die ersten Erfahrungen mit den Ankerzentren bestätigen unsere Befürchtung“, sagt Günter Burkhardt, Geschäftsführer der NGO. Die Anerkennungsquote für Schutzsuchende aus Afghanistan etwa liege in Manching bei rund 27 Prozent, also weit unter dem Bundesdurchschnitt von etwa 49 Prozent – das geht aus einer Kleinen Anfrage der Linkspartei an die Bundesregierung hervor. Die Ursachen dafür sieht Burkhardt unter anderem in der Isolation in den Zentren. Wenn Ehrenamtliche keinen Zugang hätten, fehle es an unabhängiger Beratung.

Im Koalitionsvertrag heißt es: „Eine unabhängige und flächendeckende Asylverfahrensberatung ist zu gewährleisten.“ In den bayerischen Ankerzentren wird diese durch Bamf-Mitarbeiter*innen durchgeführt. „Parallel existieren auch weiterhin Beratungsangebote zum Asylverfahren durch Wohlfahrtsverbände“, teilt das Bamf auf Nachfrage mit.

Da Vertreter*innen dieser Verbände das Ankerzentrum unter Umständen aber gar nicht betreten dürfen, ist der Zugang zur Beratung erschwert. Schutzsuchende müssen die Einrichtung verlassen und sich aktiv Hilfe suchen. Einige Aktivist*innen fahren in unregelmäßigen Abständen mit einem Bus zu den Unterkünften in Manching und Ingolstadt und bieten dort mit Unterstützung von Pro Asyl und dem Bayerischen Flüchtlingsrat ihre Unterstützung an. Dieser ist auch telefonisch erreichbar.

Unabhängig sei die Beratung durch das Bamf nicht, kritisiert Burkhardt. Vor allem fehle es an Informationen, wie man gegen negative Bescheide vorgehen und an welche Anwalt*innen man sich dafür wenden könne. „Es ist völlig abwegig, dass ein Bamf-Berater den Flüchtling so beraten kann, dass er gegen den eigenen Arbeitgeber vor Gericht zieht“, sagt er.

Anwaltliche Vertretung oft nicht möglich

Die Bundesrechtsanwaltskammer kritisierte im Oktober, auch die Möglichkeit, unabhängige rechtliche Beratung in Anspruch zu nehmen, sei nicht gesichert. In den Ankerzentren sei vorgesehen, dass die persönliche Anhörung direkt bei Stellung des Asylantrags durchgeführt werde.



Die Einrichtungen seien aber meist abseits der Städte gelegen, potenzielle Anwält*innen weit weg. „Dies wird zur Folge haben, dass Asylantragsteller während der persönlichen Anhörung überwiegend nicht anwaltlich vertreten sein werden“, heißt es in der Stellungnahme. Einige Münchner Rechtsanwälte bieten immer wieder in Ingolstadt kostenlos ihre Hilfe an.

Doch auch dorthin müssen die Geflüchteten erst einmal kommen. Die Einrichtung in der Marie-Curie-Straße etwa liegt mitten in einem Ingolstädter Gewerbegebiet, in der Nähe ist die riesige Erdölraffinerie zu sehen. Jede Stunde kommt ein Bus, die Haltestelle heißt „Existenzgründerzentrum“.

Im Westen Ingolstadts liegt das Heim an der Neuburger Straße, das ebenfalls an Manching angeschlossen ist. Dort lebt Dimitry S. aus der Ukraine derzeit mit seiner Frau und den zwei Töchtern – die jüngere ist vier Monate alt. Seit mehr als anderthalb Jahren sind sie hier. In Kiew hat S., so erzählt er, als Jurist für Oppositionsparteien gearbeitet, um die grassierende Korruption aufzudecken. Dann steckte ihm jemand, dass er bald verhaftet würde.

Die Familie hat zwei Zimmer, aber keine Kochgelegenheit. Zu bestimmten Zeiten wird Verpflegung ausgegeben. „Es gibt kein Privatleben“, sagt der 32-Jährige, die Zimmertüren könnten nicht abgeschlossen werden. Sie haben deutsche Freunde mit Kindern in Ingolstadt. Besuchen können die sie aber nicht. „Wir wollen uns integrieren“, sagt Dimitry S., „aber es wird uns schwergemacht.“



English Translation by inEUmanity Leipzig

Anker centres in Bavaria

At four o'clock in the morning, they deport.

The Bavarian anchor centres are a place of isolation and fear. The mood can escalate - like now in Donauwörth.

INGOLSTADT/BERLIN taz | The nights are always the worst for Farhad S. and the seven flatmates he shares his room with in the container complex in Ingolstadt. "We lie awake until three or five o'clock, can't sleep, whisper together," says the 23-year-old man from Afghanistan in English. "We're all depressed, we're all psychologically stressed, and we're thinking about what to do next. This has been going on for over a year now, and in September 2017 S. came to Germany as an asylum seeker. He refused to launder black money in Kabul and was therefore threatened. Now he is sitting in the collective accommodation, which until the end of July was still called the "Transit Centre", since August it has been called the "Ankerzentrum" [means something like anchor centre] at the behest of the Bavarian State Government. The police often come at night - "always at four o'clock", says S. Then a deportation is due, he has already witnessed many.

Since August, every new refugee arriving in Bavaria has been quartered in one of the seven anchor centres in Bavaria. He has to stay there until his case is decided. "Anker" stands for "arrival, decision and repatriation". This should be done as quickly, effectively and without unnecessary bureaucracy as possible. The decision-makers with local branch offices - the Federal Office for Migration and Refugees (Bamf), the Administrative Court, the return counselling service and the employment agency - are located in the centres. Everything should be done in one go. Bavaria is thus implementing what Federal Interior Minister Horst Seehofer (CSU) has in mind for the whole of Germany. A maximum stay of six months is planned, for certain groups also up to 24 months. How long the refugees actually stay there, however, is not yet known from the Bavarian Ministry of the Interior or from the government of Upper Bavaria. There has also been an anchor centre in Saxony since the beginning of August and an anchor centre in Lebach, Saarland, since the end of September. At the end of October, Seehofer visited the facility and expressed his satisfaction: "Only four weeks after the commissioning of this anchor facility, I am impressed by the good and smooth cooperation of the participating authorities," he said.

Who is allowed to go in?

At Marie-Curie-Strasse 13 in Ingolstadt, one of three branches of the anchor centre in Manching, Farhad S. meanwhile reports on everyday life in the accommodation: he entered the country alone



and is of age, his application for asylum was rejected. His relatives - mother, father and three younger brothers - have received protection status and live in Munich. S. is not allowed to visit them because he is not allowed to leave the Ingolstadt district because of the residence obligation in the anchor centre. And they are not allowed to join him in the "camp", as the refugees call the accommodation. Visits from outside are forbidden, around the clock security guards guard the high fenced area. S. could meet the family only outside in Ingolstadt.

The camp is not a prison, but it is a closed off place: Apart from the authorities and other entitled persons such as the Caritas Social Counseling, no one is allowed in. Relatives or friends of the children in the accommodation are rejected. Jana Weidhaase of the organisation says that the Bavarian Refugee Council is officially banned from the house. "In recent months, the range of counselling services offered to refugees in the shelters has expanded, but critical organizations are still being denied access.

A spokeswoman for the Upper Bavarian government denies a "general house ban" and stresses that "every single application for admission will be examined". Currently, there was "no open request from the Bavarian Refugee Council". The spokeswoman does not want to give information about which institution is allowed to enter where - this is not meaningful, since the current status "can change weekly".

"Sleep, eat, wait."

Media will not be admitted either. The inside of the anchor centre remains closed to the public. In May, the government of Upper Bavaria had previously set a one-off date on which journalists inside a large group, led and supervised, were allowed to view the Ankerzentrum Manching. The residents protested to draw attention to their situation.

The mood in the centres can escalate. For example, a food counter in the Ankerzentrum in Donauwörth has now ended in a riot of 50 residents. One man had complained because he had not received any additional rolls, the police announced on Sunday. Thereupon several residents expressed their solidarity with the man. According to the information, one of them hit a pane of the dining room with a beer bench and damaged the glass. Police arrived and calmed the situation down. There were no casualties.

According to the Bavarian Ministry of the Interior, there are currently 14,000 places in the anchor centers throughout Bavaria; 9,000 are currently occupied. "Sleep, eat, wait" - this is how S. describes life in the Anker Centre.

The people mainly receive benefits in kind, such as a bed, a meal three times a day and tickets for public transport. Only what cannot be regulated by benefits in kind is covered by cash benefits. The residents receive pocket money of 90 euros a month and 100 euros every quarter for clothing.



"Inadequate for human beings"

The Bavarian Refugee Council rejects anchor centres, calling them "deportation camps". According to a statement, the living conditions are "inhumane". They complain about "high fences, closed gates, surveillance, living in cramped conditions". Above all it is about isolation.

Pro Asyl also sharply criticises the anchor centres - they not only hinder any integration, there is also a fear of people being deprived of their rights. "The first experiences with the Anker Centres confirm our fear", says Günter Burkhardt, Managing Director of the NGO. In Manching, for example, the recognition rate for refugees from Afghanistan is around 27 percent, far below the national average of 49 percent - this is the result of a small inquiry by the Left Party to the German government. Burkhardt sees the reasons for this among other things in the isolation in the centres. If volunteers had no access, there would be no independent advice.

The coalition agreement states: "An independent and area-wide asylum procedure consultation must be guaranteed". In the Bavarian anchor centres this is carried out by Bamf employees. "At the same time, welfare associations continue to offer advice on asylum procedures," the Bamf says on request.

However, as representatives of the associations may not be allowed to enter the anchor centre at all, access to counselling is more difficult.

Since representatives of these associations may not be allowed to enter the anchor centre at all, access to counselling is more difficult. Those seeking protection must leave the facility and actively seek help. Some activists travel at irregular intervals by bus to the accommodations in Manching and Ingolstadt and offer their support there with the support of Pro Asyl and the Bavarian Refugee Council. This can also be reached by telephone.

Burkhardt criticises the advice provided by the Bamf for not being independent. Above all, there is a lack of information on how to take action against negative decisions and which lawyers to turn to. "It is completely absurd for a Bamf consultant to be able to advise the refugee in such a way that he goes to court against his own employer," he says.

Legal representation often not possible

In October, the Federal Chamber of Lawyers criticised that the possibility of obtaining independent legal advice was not assured. In the anchor centres, it was planned that the personal interview would be conducted directly when the asylum application was filed. However, the institutions are mostly located away from the cities, potential lawyers far away. "This will mean that most asylum seekers will not be represented by a lawyer during the personal interview," the statement states. Some Munich lawyers repeatedly offer their help free of charge in Ingolstadt.

But even there the fugitives first have to come. The facility in Marie-Curie-Straße, for example, is located in the middle of an Ingolstadt industrial estate, and the huge oil refinery can be seen nearby. Every hour a bus arrives, the bus stop is called "Existenzgründerzentrum".

In the west of Ingolstadt is the home on Neuburger Strasse, which is also connected to Manching. Dimitry S. from the Ukraine currently lives there with his wife and two daughters - the younger one

Published on http://taz.de/Ankerzentren-in-Bayern/%215548527?fbclid=IwAR2oL09esS2tVI4Gvdf3_NIMOsuhX1dBhl1e4y4MldlAQjN-i0zesVvjCyE

on 25.11.2018 by *Dinah Riese*

Seen on 29.11.2018



is four months old. They have been here for more than a year and a half. In Kiev, he says, S. worked as a lawyer for opposition parties to uncover the rampant corruption. Then someone told him that he would soon be arrested.

The family has two rooms, but no cooking facilities. At certain times food is provided. "There is no private life," says the 32-year-old, "the room doors cannot be locked. They have German friends with children in Ingolstadt. But they can't visit them. "We want to integrate," says Dimitry S., "but it is made difficult for us."